



HERAUSGEBER: PRESSE- UND INFORMATIONSSTELLE DER UNIVERSITÄT OLDENBURG . 29 OLDENBURG . POSTFACH 943 . TEL.: 51064 . TELEX-NR. 25655 UND D . REDAKTION: GERHARD HARMS (VERANTWORTLICH), KARIN WOLF . MIT NAMEN GEZEICHNETE ARTIKEL GEBEN DIE PERSÖNLICHE MEINUNG DES VERFASSERS WIEDER . NACHDRUCK - AUCH NUR AUSZUGSWEISE - NUR BEI QUELLENANGABE UND NACH RÜCKSPRACHE MIT DER REDAKTION ! (DER GRÜNDUNGSAUSSCHUSS, DAS KONZIL UND DER SENAT HABEN EINSTIMMIG BESCHLOSSEN, DASS DIE UNIVERSITÄT DEN NAMEN CARL-VON-OSSIETZKY-UNIVERSITÄT FÜHRT).

3. März

6/77

Konzil empfiehlt Rektor: Einleitung eines Verfahrens verweigern

Eine Flut von Resolutionen und Protestschriften der verschiedenen Gruppierungen und Gremien in der Universität hat die drohende Einleitung von Verfahren gegen die beiden Angehörigen des Personalrates und DKP-Mitglieder Helga Kochanowski und Fred Krüer sowie gegen den wissenschaftlichen Assistenten Dirk Steenken (KBW) ausgelöst. Am Dienstag dieser Woche befaßte sich auch das Konzil mit den Fällen und empfahl dem Rektor, eine durch das Ministerium verfügte Einleitung der Verfahren zu verweigern und gegebenenfalls von seinem Remonstrationsrecht Gebrauch zu machen.

Wie bereits berichtet, hatte der niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst in einem Erlass vom 11. Februar den Rektor der Universität aufgefordert, darüber zu berichten, ob über die Mitgliedschaft und die Kandidatur der drei Hochschulangehörigen zu den Kommunal- und Bundestagswahlen im Herbst 1976 für die DKP bzw. den KBW hinausgehende politische Aktivitäten bekannt seien. Ziel dieser Fragestellung: zu eruieren, ob gegen die Beamten Dirk Steenken und Helga Kochanowski ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden kann und bei dem Angestellten Fred Krüer eine fristlose Entlassung möglich ist.

In dem einstimmig gefaßten Beschuß des Konzils heißt es dazu, dieser Versuch des Ministeriums reiche sich ein in die Praxis der Aushöhlung fundamentaler Grundrechte durch administrative Maßnahmen. Die Wahrnehmung solcher Aufgaben durch den Rektor gehe über den inhaltlich definierten politischen Spielraum dieses Amtes hinaus und stelle eine Verletzung der Grundordnung dar. Wörtlich heißt es in dem Beschuß weiter:

■ "Die Universität kann den Rektor als den gewählten Repräsentanten der Universität nicht in die Rolle eines ohne eigene Entscheidungsgewalt nur noch im Auftrage des Ministeriums Handelnden drängen lassen. Dies gilt mit besonderer Entschiedenheit in den Bereichen, in denen sich das Ministerium nach Auffassung der Universität verfassungswidrig verhält, indem es sich in der Praktizierung von Berufsverböten aus politischen Gründen über Grundrechte hinwegsetzt.

■ Die Universität kann es nicht als zulässig ansehen, daß die Universitätsleitung über eine Anweisung des Ministers für Wissenschaft und Kunst dazu gezwungen wird, im Rahmen eines Disziplinarverfahrens, gegenüber einem einzelnen Ermessensentscheidungen zu treffen, die in ihrer Wirksamkeit und Gewichtigkeit einer Bundesverfassungsgerichtsentscheidung entsprechen würden.

■ Die Universität hält die Einbeziehung politischer Aspekte in ein Disziplinarverfahren für insgesamt unzulässig.

■ Die Universität setzt sich entschieden gegen die Tendenzen zur Wehr, zunehmend der Administration Funktionen der Rechtssprechung zu übertragen, auf diesem Wege die rechtsstaatliche Ordnung auszuhöhlen und insbesondere die immateriellen Rechtsgüter der freien Meinungsäußerung, der Betätigung in politischen Parteien und der Freiheit in der Ausübung von Lehre und Forschung, rechtlich nicht faßbaren Kontrollmechanismen zu unterwerfen".

Für den Fall, daß das Ministerium ein so begründetes Remonstrationsrecht des Rektors nicht akzeptiere und ihn anweise, die Verfahren dennoch fortzuführen, dürften, so das Konzil, politische Meinungsäußerungen und Aktivitäten in einer nicht verbotenen Partei nicht als Verletzung der beamtenrechtlichen Treuepflicht angesehen werden. Die Verfahren müßten in diesem Fall eingestellt werden.

In einem weiteren Beschuß, der von der Gruppe der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter im Konzil eingebracht und mit elf Enthaltungen angenommen wurde, protestiert das Konzil

mit aller Entschiedenheit gegen die Überprüfung der Personalratsmitglieder Fred Krüer und Helga Kochanowski und "weist den Versuch zurück, zwei engagierte Kollegen aus dem Dienstleistungsbereich 'verfassungsfeindlicher' Fortsetzung Seite 3

GEW interveniert für Fach Kunst beim Ministerium

Der Vorsitzende des Landesverbandes Niedersachsen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Dr. Dieter Galas, hat in einem Brief an den Minister für Wissenschaft und Kunst gefordert, die Situation im Fach Kunst an der Universität Oldenburg umgehend zu verbessern und eine Entscheidung über die Besetzung von zwei Professorstellen schnell zu treffen.

An der Universität Oldenburg stehen z. Z. vier Lehrende, darunter lediglich ein Hochschullehrer, etwa 400 Studenten gegenüber. In diesem Zusammenhang machte Galas klar, daß die GEW angesichts für den Bedarf des Schulfaches Kunst steigende Studentenzahlen befürwortete.

Prozeß gegen Krallmann

Am kommenden Montag, 7. März, findet im Amtsgericht Oldenburg ein Prozeß gegen den Referendar Wilfried Krallmann wegen "Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte" statt. Krallmann war im Zusammenhang mit der Polizeiaktion gegen die Namensgebung der Universität nach Carl von Ossietzky vor gut eineinhalb Jahren vorübergehend festgenommen worden, "als", wie Krallmann zu Protokoll gab, "ich die mit der Abnahme des Namenszuges 'Carl-von-Ossietzky-Universität' von AVZ beauftragten Maler nach der Rechtmäßigkeit ihres Handelns fragen wollte."

Krumbein nach Jerusalem

Professor Dr. Wolfgang Krumbein, international bekannter Geomikrobiologe und Biogeochemiker, ist vom Senat und Rektor der Universität Jerusalem (Israel) zu einer Gastprofessur für das Studienjahr 1977/78 eingeladen worden. Er soll dort seine Fachgebiete im Ozeanografieprogramm der Jerusalemer Hochschule vertreten.

Krumbein gehört schon seit längerem der "International Advisory Board" des Meeresbiologischen Labors der Jerusalemer Universität in Elat an. Die Gastprofessur soll auch dazu dienen, deutsch-israelische Forschungsprogramme, die von Bundesministerium für Forschung und Technologie gefördert werden, durchzuführen. Krumbein gehört zu den Beratern für die Programme auf seinem Gebiet und hat bereits mehrere Forschungsprojekte in Israel mit Hilfe der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geleitet. Hierzu gehören Untersuchungen, an einem heißen "Solar Lake", der durch Sonneneinstrahlung bis zu 60°C erreicht und bisher völlig unbekannte Mikroflora enthält.

Eines der Forschungsprogramme befasst sich mit der Technologie der Energiegewinnung durch künstliche Sonnenseen und ihre Bakterienplatten. Ein anderes Forschungsprogramm hat die Produktivität, Verschmutzung der nördlichsten Korallenriffe der Welt zum Thema. Diese Untersuchungen sollen auch die Frage der Metallgewinnung im Roten Meer und die hieraus eventuell entstehenden Umweltbelastungen behandeln. Die Preussag hat entsprechende Voruntersuchungen für den Abbau der Erzschlämme des Roten Meeres geplant und wird parallel zu den Untersuchungen in Elat im Roten Meer forschen.

GEW fordert Aufhebung der Besetzungssperre

Die Aufhebung der sechsmaligen Wiederbesetzungssperre für den Hochschulbereich, die Streichung der Sperrvermerke, die für neue Stellen im Hochschulbereich im Haushaltsentwurf 1977 aufgebracht sind und die Schaffung neuer Personalstellen für den wissenschaftlichen Bereich noch im Haushaltsjahr 1977 hat der Vorsitzende des GEW-Landesverbandes Niedersachsen, Dr. Dietrich Galas in einem Brief an den Wissenschaftsminister und an die Landtagsfraktionen gefordert. Galas erklärte dazu, daß trotz steigender Studentenzahlen in den niedersächsischen Hochschulen und trotz der von der Landesregierung vorgesehenen "Überlastquote" von durchschnittlich 35 Prozent kaum Maßnahmen ergriffen wurden, die Personalsituation an den Hochschuleinrichtungen zu verbessern. Weder die Koali-

tionsvereinbarung von CDU und FDP, noch die Regierungserklärung, noch der Ergänzungshaushalt sähen Maßnahmen vor, die zu erwartende Mehrbelastung wenigstens teilweise durch neue Personalstellen auszugleichen. Schon jetzt sei eine besonders schwierige Situation an den neu gegründeten Hochschulen und Fachhochschulen absehbar.

Noch keine Koalition

Zu keinem endgültigem Ergebnis haben bisher die Koalitionsverhandlungen zwischen den im neuen Stupa vertretenen Gruppen geführt. Jedoch zeichnet sich eine Koalition zwischen den bisherigen ASTA-Parteien MSB und SHB einerseits und der Juso-HSG und dem IHW andererseits ab. Die stärkste Fraktion im Stupa, die Basisgruppe Projektinitiative, hat bisher Koalitionsverhandlungen abgelehnt.

Unterrichtskritik

Die Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik (AHD) plant einen Erfahrungsaustausch und ein Seminar zu dem Thema: Unterrichtskritik - Auswertung von Lehrveranstaltungen. Die Diskussion über die Lehrpraxis an den Hochschulen, die zu einer Verbesserung von Lehrveranstaltungen führen soll, soll vor dem Hintergrund von Erfahrungsberichten geschehen, die sich mit den Lehrveranstaltungen begleitenden Auswertungstätigkeiten wie z.B. Fragebögen, speziellen Interviews, Gruppendiskussionen, "Manöverkritik", Auswertungsseminaren usw. befassen.

Alle Hochschullehrer oder Projektgruppen, die derartige Auswertungen durchgeführt haben und an den geplanten Erfahrungsaustausch interessiert sind, sollten solche Berichte möglichst umgehend entweder direkt an die AHD, 2 Hamburg 13, Rothenbaumchaussee 32, schicken oder im ZpB zwecks Weiterleitung abgeben. Nähere Auskünfte über das Vorhaben, die bei der Abfassung solcher Kurzberichte eventuell zu berücksichtigenden Kategorien und die voraussichtlich am 13. bis 15. Mai stattfindende Tagung können im ZpB (Fichten) eingeholt werden.

Moorsoldaten

"Diejenigen Dänen, die die Erfahrung des deutschen Faschismus am eigenen Leibe gemacht haben, haben Angst vor der politischen Entwicklung in der BRD und betrachten vor allem die Berufsverbote als einen Angriff auf die Freiheit, der eindeutig in Richtung Faschismus tendiert und somit auch eine Gefahr für das dänische Volk darstellt. In diesem Sinne haben wir den weiten Weg nach Oldenburg nicht nur gemacht, um mit Euch zusammen unserer toten Kameraden aus den Moor-Kz's des Emslandes zu gedenken, sondern um in ihrem Geiste einen Beitrag für Euren aktuellen Kampf um die Erhaltung der demokratischen Grundrechte in der BRD zu leisten".

Diese Sätze des Sprechers der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger KZ-Häftlinge Dänemarks, Morgens Petersen, gesprochen während einer Gedenkfeier auf dem KZ-Friedhof Esterwegen am 6. Februar waren das Motto der Veranstaltungsreihe "Hölle im Moor - Schule des antifaschistischen Widerstandes", die Anfang Februar vom Komitee ehemaliger Moorsoldaten in Zusammenarbeit mit dem DGB, dem ASTA der Universität, dem Stadtschülerrat, dem Bürgerkomitee für die Benennung der Universität nach Carl von Ossietzky und dem BdWi Oldenburg, durchgeführt wurde.

Berufsverbote und der Kampf der Oldenburger Universität um den Namen des "Esterwegen-Häftlings" Carl von Ossietzky waren auch immer wiederkehrende Themen der Großveranstaltung zur Geschichte der Emslandlager vor 600 Zuhörern in der Cäcilienhalle. Vergangenheit als Mahnung für die Gegenwart wurde besonders deutlich in dem Beitrag von Kaplan Dr. J. Rossaint, dem Vizepräsidenten der Internationalen Vereinigung der Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus, der eine ehrliche Auseinandersetzung mit der faschistischen Vergangenheit, zu der auch die Moorsoldaten gehörten, forderte.

Der Sprecher des Komitees ehemaliger Moorsoldaten, August Baumgarte, rief dazu auf, endlich nach über 30 Jahren dafür zu sorgen, daß die Geschichte der Emslandlager nicht länger totgeschwiegen und die ehemaligen Lagerländer und die Grabstätten der vielen tausend Opfer der Vergessenheit entrißt würden.

Der Sprecher für den DGB Kreis Oldenburg Wolfgang Woltemade griff diesen Aufruf auf und forderte in einer Resolution die Einrichtung einer dauernden Gedenkausstellung, in der Dokumente, Bilder und persönliche Darstellungen über die Geschichte der Lager und ihrer Insassen gezeigt und in ihrem historischen und aktuell-politischen Zusammenhang erläutert werden.

Noch immer keine Stellungnahme zum NHG-Entwurf

Durch ein aufeinander abgestimmtes Vorgehen zwischen dem Konzilsvorstand und dem Rektor der Universität konnte eine für die Universität hochschulpolitisch schwierige Situation verhindert werden. Der Konzilsvorstand signalisierte dem Rektor, er werde ihm den vom Konzil auf seiner Sitzung vergangenen Dienstag gefaßten Beschuß zu den Gesetzentwürfen für ein Niedersächsisches Hochschulgesetz (NHG) nicht zur Weiterleitung an das Wissenschaftsministerium zustellen. Damit braucht der Rektor sein vor dem Konzil angekündigte Vorgehen nicht wahrzumachen, den Beschuß nur mit einer Distanzierung weiterzugeben.

Diese Ankündigung machte der Rektor, Prof. Rainer Krüger, unter Hinweis auf das problematische Zustandekommen dieses Beschlusses. Trotz offenkundiger Beschußunfähigkeit wurde nämlich die vom Grundordnungsausschuß vorbereitete Stellungnahme zum NHG dem Konzil zur Beschußfassung vorgelegt in der Annahme, diese von dem in gleicher Parität wie das Konzil zusammengesetzten Ausschuß einstimmig verabschiedete Vorlage werde auf breite Zustimmung treffen. Dies umso mehr, als sie sich eng an einen Beschuß desselben Konzils zum Entwurf der ehemaligen SPD/FDP-Koalition anlehnt.

Zur Überraschung vieler Abwesender verlangten jedoch die studentischen Vertreter von MSB Spartakus und SHB eine pauschale Ablehnung, da ihnen wesentliche Grundpositionen nicht berücksichtigt schienen. Nach längerem Hin und Her verabschiedete das nun auch nicht mehr repräsentativ zusammengesetzte Konzil mit den Stimmen der an-

wesenden Studenten lediglich einen Protest gegen die vom Ministerium gesetzte Zeitplanung sowie den allgemeinen Teil der Ausschußvorlage. Darin wird die reformfeindliche Tendenz der vorliegenden Gesetzentwürfe kritisiert, wichtige Bestandteile einer sachgerechten Hochschulreform würden nicht berücksichtigt. Die Universität besteht auf der Entwicklung zu integrierten Gesamthochschulen, auf gleichberechtigter Mitbestimmung aller Hochschulangehörigen, auf der Erhaltung der Selbstverwaltung auf einer einheitlichen Personalstruktur, auf der verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat sowie auf ihrer Ablehnung von Ordnungsrecht und Regelstudienzeiten.

Die im folgenden nicht mit verabschiedeten Teile der Vorlage präzisierten Vorstellungen der Universität sollen nun auf der Fortsetzung der Sitzung am Mittwoch nächster Woche detailliert beraten werden.

jb

Zusammensetzung der Fachbereichsräte

Fachbereichsrat I

HOCHSCHULLEHRER: von Maydell (DH), Laucken (DH), Peters (Reform FB I), Lengert (DH), Leist (DH), Grubitzsch (Reform FB I), Westphal (DH), Belschneider (DH)

WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITER: Siegfried (Reform FB I), Volger (Volger), Wolter (Reform FB I), Schmehreim (Volger)

STUDENTEN: Henschel (PIN), Jödicke (SHB), Brinkmann (MSB), Franzky (PIN)
SONSTIGE MITARBEITER: Jedrowiak (ÖTV), Oltmanns (ÖTV)

Fachbereichsrat II

HOCHSCHULLEHRER - Boeder (Boeder), Promies (Promies), Schmid (Boeder), Hillgärtner (Promies), Ueding (Boeder), Calbert (Boeder), Ritzel (Promies), Thiergard (Boeder)

STUDENTEN: Löb (PIN), Fengler (SHB), Teuber (MSB), Sternberg (Juso-HSG)
SONSTIGE MITARBEITER: Sokolowsky, Haske

WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITER: Giese (Linke Liste), Browelet (Browelet), Wolters (Linke Liste), Dierks (Browelet)

STUDENTEN: Keine (PIN), Schulze-Fröhlich (SHB), Bernert (MSB), Elbeshausen (PIN)

SONSTIGE MITARBEITER: Freesemann, Christians

Fachbereichsrat III

HOCHSCHULLEHRER: Krafft (Linke Liste), Hinrichs (DH), Siebel (Linke Liste), Freytag (DH), Sellin (BdWi), Kaiser (Linke Liste), Roth (DH), Lenk (HAKO)

WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITER: Bernath (DW), Fabian (Linke Liste), Reich (DW), Woesler (Linke Liste)

STUDENTEN: Peeks (GOL), Richter (Juso-HSG), Todeskino (LHV), Buermann (GOL)

SONSTIGE MITARBEITER: Brandorff, Rundshagen

HAKO = Hochschulpolitischer Arbeitskreis Oldenburg

GOL = Gewerkschaftlich-Orientierte Liste

DH = Demokratische Hochschule

DW = Demokratische Wissenschaft

Berufsverbote

Fortsetzung von Seite 1

"Ansichten" zu verdächtigen". Voller Empörung wende sich das Konzil gegen derartige Diffamierungskampagnen, die dazu führten, ein Klima der Angst und Unsicherheit zu erzeugen.

Mit Nachdruck hat sich auch neben anderen Gruppen der Hochschulpolitische Arbeitskreis Oldenburg gegen die Einleitung von Verfahren gegen die drei Hochschulangehörigen verwahrt. Die Mitglieder des Arbeitskreises fordern in einer Resolution die Gremien und den Rektor auf, alle Möglichkeiten zum Schutz der verfassungsmäßigen Rechte der Mitglieder wahrzunehmen. Da es sich um eindeutig politisch motivierte Verfahren handelt, betonte der HAKO insbesondere die Notwendigkeit, alle Vorgänge öffentlich zu machen, um der Universität von Beginn an die Möglichkeit zu politischen Maßnahmen zu geben.

Ferienkurse

Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) hat für 1977 folgende Ferienkursstipendien ausgeschrieben:
1. Ferienkurs "Russisch passiv" Spezialkurs für Übersetzung naturwissenschaftlicher Fachtexte für Graduierte und Hochschulassistenten (Vorkenntnisse im Russischen werden nicht erwartet).

2. Ferienkurs "Stadt- und Regionalplanung an der Universität Manchester (für Studenten und Assistenten). Die Ausschreibungsbedingungen hängen an Geschäftsstellen der Fachbereiche III und IV aus. Nähere Auskünfte erteilt Klaus Winter (FB I), Auslandsreferent.

Fachbereichsrat IV

HOCHSCHULLEHRER: Eschenhagen (Eschenhagen), Schmidt (Linke Liste), Schuller (Schuller), Gebhardt (Gebhardt), Hamann (Eschenhagen), Jannsen (Linke Liste), Knauer (Schuller), Ruth (Eschenhagen)

WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITER: Pawlitta (Pawlitta), Ries (Ries), Heise (Pawlitta), Schramke (Ries)

STUDENTEN: Peeks (GOL), Richter (Juso-HSG), Todeskino (LHV), Buermann (GOL)

SONSTIGE MITARBEITER: Brandorff, Rundshagen

Städtebaulicher Rahmenplan für das Döbbenviertel

Nach zweisemestriger Arbeit wurde von einer studentischen Arbeitsgruppe des Studienganges Raumplanung ein Konzept zum städtebaulichen Rahmenplan für das Döbbenviertel in Oldenburg vorgelegt. Die Notwendigkeit für die Erstellung eines Rahmenplans Döbbenviertel sah die Arbeitsgruppe in der beabsichtigten Erweiterung des Verwaltungspräsidiums nach der Zusammenlegung der Regierungsbezirke Aurich, Oldenburg und Osnabrück. Die Erweiterung des Verwaltungspräsidiums um ca. 1.000 Arbeitsplätze würde im Döbbenviertel einen zusätzlichen Flächenbedarf von 35.000 - 40.000 qm Bruttogeschoßfläche in einem citynahen Wohngebiet bedeuten. (Das vorhandene Verwaltungspräsidiumgebäude hat 15.000 qm Bruttogeschoßfläche.

Schwerpunkte der Untersuchungen waren die Kriterien Nutzung, Sozialstruktur, infrastrukturelle Einrichtungen, Verkehr und Stadtbild. Nach Meinung der studentischen Arbeitsgruppe sollte das gesamte Döbbenviertel als Wohngebiet ausgewiesen werden, um es als citynahe Wohnfläche zu erhalten. Umnutzungen, d.h. Einrichtungen von Dienstleistungsbetrieben zum Nachteil der Funktion Wohnen sollten langfristig rückgängig gemacht werden. Die einseitig ausgerichtete Sozialstruktur, gemeint sind u.a. Altersstruktur (Überalterung) und Bildungsstruktur (hoher Anteil von Hochschulabsolventen) könnte durch Angebote öffentlich geförderter Wohnungsbau und damit verstärkte Ansiedlung sozialer Gruppen wie Arbeiter und Angestellte mit geringerem Einkommen ausgeglichen werden. Verkehrszählungen und Verkehrsanalysen haben gezeigt, daß die Leistungsgrenzen des vorhandenen Straßensystems bereits erreicht, in den Spitzentunden sogar überschritten werden. Daher ist der fließende Verkehr im Döbbenviertel so zu beeinflussen, daß nur Ziel- und Quellverkehr das Wohngebiet belasten. Das städtebauliche Gesamtbild, 43 Prozent der Wohngebäude wurden vor 1900, 37 Prozent zwischen 1901 und 1948 errichtet, sollte aufgrund vieler historisch wertvoller Gebäude, die

über das Döbbenviertel hinausragende Bedeutung besitzen, erhalten bleiben. Zusammenfassend sprechen nach Meinung der Arbeitsgruppe folgende Motive gegen die Erweiterung des Verwaltungspräsidiums:

Dienstleistungseinrichtungen sollten unter dem Aspekt "allgemeines Wohngebiet" nur den Bewohnern des Döbbenviertels dienen und keine Versorgungsfunktion für das gesamte Stadtgebiet ausüben. Ebenso müssen vorhandene Dienstleistungen und Verwaltungen, die überörtliche Funktionen zu erfüllen haben, langfristig ausgesiedelt werden. Die angestrebte Erweiterungsmaßnahme des Verwaltungspräsidiums würde für den fließenden und ruhenden Verkehr extreme Folgen haben. Erforderliche Straßenerweiterungen bedeuten Abbruch wertvoller Bausubstanz bzw. Einschränkung von Grünflächen und damit Beeinträchtigung des städtebaulichen Gesamtbildes. Zum ruhenden Verkehr ist zu sagen, daß bei ca. 1.700 Bediensteten, die zu 60 - 70 Prozent mit dem PKW zur Arbeit kommen ca. 1.100 Kfz in der Nähe des Verwaltungspräsidiums unterzubringen wären. Da Hoch- oder Tiefgaragen maximale Einlaßfrequenzen von ca. 600 Kfz pro Stunde erlauben, ist sowohl im Döbbenviertel als auch in den angrenzenden städtischen Bereichen mit erheblichen Verkehrsbehinderungen, Staus, Abgasen und Lärmbeeinträchtigungen zu rechnen. Aus der Sicht der stadtbildprägenden Funktion des Regierungsgebäudes einschließlich seiner Umgebung wäre die Erweiterung des Gebäudes um ca. 35.000 - 40.000 qm Bruttogeschoßfläche sowie die Schaffung der erforderlichen PKW-Einstellplätze abzulehnen.

Die Arbeitsgruppe schlägt weiter vor, alternative Standorte, z.B. in Kreyenbrück und Nadorst im Hinblick auf eine mögliche teilweise oder vollständige Auslagerung des Verwaltungspräsidiums zu untersuchen.

Erst eine vergleichende Untersuchung mehrerer möglicher Standorte lassen eine städtebaulich sinnvolle Standortentscheidung zu.

Helmut Straßer

Reiten an der Universität

Von etwa 80 Hochschulangehörigen wird das vom Zentrum für Freizeitsport angebotene Reitprogramm in Anspruch genommen. Für acht Mark die Stunde können seit einem Jahr Studenten, Dienstleister und Lehrende in den Reitschulen Oldenburg und Sandkrug diesem Sport nachgehen. Inzwischen hat sich aus den Pferdefreunden eine 15köpfige Gruppe gebildet, die das Hobby auch wettkampfmäßig betreibt. Sie hat bereits an Turnieren in Warendorf, Braunschweig und

Kiel teilgenommen und hat selbst ein Turnier Anfang Januar veranstaltet. Der Student Christoph Hess vertrat die Universität Oldenburg bei den Deutschen Hochschulmeisterschaften der Reiter in Koblenz.

Die 15köpfige Gruppe trifft sich jeden Mittwochabend um 20.00 Uhr in der Reitschule Oldenburg. Kontaktadresse: Christoph Hess, Nutzhorner Straße 33, 2875 Ganderkesee 3, Tel.: 04221/54042.

Personalien

PROFESSOR KARL-HEINZ FÖRSTER und PROFESSOR HELMUT SPÄTH, beide Hochschullehrer im Fach Mathematik, erhielten einen Ruf als ordentliche Professoren an auswärtige Universitäten: Professor Förster an die Technische Universität Berlin und Professor Späth an die Technische Hochschule Twente (Niederlande).

DR. PETER GOTTLAWD, bisher am Max-Planck-Institut in München, ist zum ordentlichen Professor für das Fach "Psychologie unter besonderer Berücksichtigung psychotherapeutischer Verfahren" ernannt worden.

PROFESSOR JÜRGEN DIECKERT, Sportwissenschaftler im Fachbereich I, hält im Rahmen eines Entwicklungsprogrammes der Bundesregierung und der brasilianischen Regierung in der Zeit vom 7. bis 26. März 1977 Gastvorlesungen in Sportpädagogik an den brasilianischen Universitäten São Paulo und Belo Horizonte.

Ausschreibungen

FACHBEREICH I, eine wissenschaftliche Hilfskraftstelle im Fach Sportmedizin Arbeitsbereich: Planung und Aufbau von Meßmethoden im Bereich der Spiroergometrie und Koordination. Durchführung standardisierter Belastungstests. Bewerbungen bis 23. März 1977 in das Postfach von Bernhard Schmücker

FACHBEREICH II (Bildende Kunst/Visuelle Kommunikation), eine wissenschaftliche Hilfskraft für den Bereich Siebdruck (Vorkenntnisse erwünscht). Bewerbungen bis zum 7. März 1977 an Klaus Beilstein (D 006).

ZENTRALE STUDIENBERATUNG: zwei Wihestellen. Kenntnisse in der Informationsverarbeitung erwünscht. Bewerbungen bis 18.3. (B 108), Bewerbungsgepräch: 22.3.1977.

Pflanzenklau

Daß Teller und Tassen aus der Mensa der Universität in manchem privaten Küchenschrank verschwinden, ist nicht nur hinlänglich bekannt, sondern hat in den Haushaltsplanungen der Studentenwerke durch kalkulierte "Abschreibungen" bereits seinen Niederschlag gefunden. Inzwischen müßte die Universität auch im Pflanzenetat zu solchen "Abschreibungen" übergehen, denn neuerdings vermißt der Gärtner häufiger Setzlinge, die er kurz zuvor zur Verschönerung des Universitätsgeländes gepflanzt hatte. Dabei erwiesen sich die Pflanzenliebhaber als ausgesprochene Kenner: Sie nehmen nur so wertvolle Pflanzen wie u.a. Rhododendron-Setzlinge. Auf nicht so teuer zu ersterhende Forsythien verzichten sie.